

„Wir wollen ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz“

GLH-Fraktionsvorsitzende Monika Maul-Vogt erläutert im RNZ-Jahresinterview auch die Kritik am Klimaschutzkonzept

Von Annette Steininger

Hirschberg. Aus Sicht der GLH-Fraktionsvorsitzenden Monika Maul-Vogt ist der Wortlaut im Ursprungsantrag von FW, CDU und FDP zum Neubaugebiet in Vergessenheit geraten. Warum sie das ärgert und was sich die Grüne Liste Hirschberg eigentlich vom Klimaschutzkonzept erhofft hätte, erklärt sie im RNZ-Jahresinterview.

> Frau Maul-Vogt, wie würden Sie denn das Hirschberger Jahr 2023 in drei Sätzen beschreiben?

Spannend, aufregend und überraschend. Das Jahr war natürlich geprägt vom Bürgerentscheid, und wir haben die Planungen für die Erweiterung des Gewerbegebiets begleitet. Und natürlich hatten wir noch die Entscheidung zum Großprojekt Sachsenhalle und die Folgeprojekte der Zukunftswerkstatt.

> Sie haben den Bürgerentscheid zur Ortsrandentlastungsstraße angesprochen. Das Ergebnis dürfte Sie ja in Ihrer jahrelangen Abwehrhaltung bestätigt haben. War der Bürgerentscheid nicht aus diesem Grund eigentlich der richtige Weg?

Nein, ich denke, es hätte auch bei der Entscheidung des Gemeinderats bleiben können. Ich bin der Meinung, ein Bürgerentscheid muss immer aus der Mitte der Bürgerschaft kommen. Deshalb wäre es falsch gewesen, wenn der Gemeinderat ihn selbst initiiert hätte. Ein Gemeinderat muss eine klare Position zu einer Sache beziehen und entscheiden können. Wenn die Bürger nicht damit einverstanden sind, ist das ihr gutes Recht, und genau dafür gibt es das Instrument des Bürgerentscheids.

> Die Freude über das Ergebnis ist aber wahrscheinlich nach wie vor groß, oder?

Ja, wir freuen uns, dass es so ausgefallen ist. Das Ergebnis war in dieser Deutlichkeit überraschend, was aber gut ist, weil damit das Thema jetzt tatsächlich vom Tisch ist.

> Klima- und Umweltschutz war ja eines der Hauptargumente gegen die Ortsranderschließungsstraße. In der Ausschusssitzung im Dezember hat die GLH allerdings umfassende Kritik am Klimaschutzkonzept geübt. Warum?

Grundsätzlich wollen wir das Klimaschutzkonzept, das ist klar. Aber, und das sagen wir auch seit Jahren, mit ehrgeizigen Zielen. Wo wir hinmüssen, steht doch fest. Klimaneutralität bis 2040 und die Absenkung um 65 Prozentpunkte bis 2035. Die klimaneutrale Verwaltung ist nach baden-württembergischen Vorgaben bis 2030 festgeschrieben. Was wir am Entwurf tatsächlich bemängelt haben: Es ist einfach wichtig, dass man in seinem Klimaschutzkonzept auch Pfade und Parameter festlegt, wie die Ziele tatsächlich erreicht und umgesetzt werden sollen. Der Prozess muss aus unserer Sicht konkreter definiert werden, Zwischenziele müssen vorhanden sein. Es muss messbar sein im Laufe der Zeit: Wo stehen wir denn überhaupt? Nicht, dass wir 2039 feststellen: Jetzt müssen wir aber in einem Jahr ganz viel umsetzen. Und das haben wir in diesem Entwurf noch nicht gesehen. Das gibt es in anderen Städten deutlicher und konkreter.

> Jetzt geht es aber ja hier auch um Bürgerbeteiligung. Glauben Sie wirklich, dass der Bürger sich ein ohnehin schon 60 Seiten umfassendes Konzept durchliest, vor allem wenn es noch länger wird?

Bei einem engagierten Bürger kann ich mir das gut vorstellen. Ich denke, das kann auch ganz spannend zu lesen sein: Wo betrifft es mich, wo kann ich etwas tun? Was ist wichtig? Aber es muss ja auch nicht jeder Bürger bis ins Detail lesen. Dafür gibt es bei der Bürgerbeteiligung die Moderation, die für den Prozess die Themen verständlich vor- und aufbereitet.

> Die Argumentation der anderen Ausschussmitglieder, dass ja sowieso die einzelnen Maßnahmen noch mal thematisiert werden, hat Sie nicht überzeugt?

Es geht nicht um Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel ein Thermostat zu ersetzen, sondern darum, konkrete Ziele zu formulieren: Wo stehen wir jetzt? Was ist noch zu leisten? Was sind unsere Ziele? In welchen Schritten wollen wir sie erreichen? Welche Maßnahmen sind dafür nötig? Die großen CO₂-Emissionstreiber sind mit dem Gebäude- und dem Verkehrssektor definiert. Dort muss man relativ schnell, aber dafür behutsam agieren, damit man nicht am Ende der Zeit drastische Maßnahmen ergreifen muss. Da ist bislang ganz viel auf Bundesebene verschlafen worden. Das Land hat dagegen mit der Implementierung der Wärmeplanung schon vorbildlich agiert. Was ganz wichtig ist: Seit der Entscheidung

des Bundesverfassungsgerichts 2020 steht fest, dass Klimaschutz Verfassungsrang hat und im Grundgesetz verankert ist. Klimaschutz ist damit jedem Politiker als Pflichtaufgabe ins Stammbuch geschrieben, es ist keine freiwillige Aufgabe.

> Umweltschutz spielt ja auch bei Ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einem Neubaugebiet eine große Rolle. Jetzt haben aber die Rückmeldungen zum Leerstandskataster und die Potenzialanalyse gezeigt, dass der Bedarf nur mit Nachverdichtung schwerlich zu decken ist. Was nun?

Ein weites Feld. Zum Leerstandskataster: Im Grunde wurde bislang nur ein Brief geschrieben, und das war's. Bei einer CDU-Veranstaltung hieß es, dass das Chefsache sein müsste, damit es erfolgreich verläuft. Aber es gibt noch andere Stellschrauben, die wir bislang überhaupt nicht angegangen sind. So könnte beispielsweise die Grundsteuer C Anreize schaffen, Baulücken zu schließen. Und

raum einrichten, gerade für Senioren und jüngere Menschen.

> Was sollte Ihrer Meinung nach bei den weiteren Entscheidungen auch eine Rolle spielen?

Die Netto-Null-Versiegelung müsste auch die CDU interessieren. Die steht ja im baden-württembergischen Koalitionsvertrag. Und wenn ich schon ein Neubaugebiet will, muss ich einen Gesamtplan für ein innovatives, zukunftsgerichtetes Quartier entwickeln: Klimaneutralität muss im Vordergrund stehen, ich muss an adäquaten Ausgleich denken, eine Versorgungsstruktur und die Mobilität planen und dabei die Folgekosten im Blick haben. Und besonders wichtig: Unter welchen Bedingungen kann ich überhaupt bezahlbaren Wohnraum schaffen? Das heißt, ich muss die Bodenpreise anschauen und steuern. Unsere Vorstellungen von bezahlbarem Wohnraum sind jedenfalls klar: ein erheblicher Anteil an preisgedeckelten



„Wenn man heutzutage Flächen versiegelt, muss man sie bestmöglich nutzen. Und das kann nicht mehr im Einfamilienhaus-Sektor sein“, sagt Monika Maul-Vogt (GLH). Foto: Kreuzer

wir sind noch nicht ansatzweise damit gestartet, uns die alten Bebauungspläne vorzunehmen. Auch hier besteht die Möglichkeit, nachzuverdichten und mehr Wohnraum zu schaffen. Ich denke, da ist noch einiges möglich. In der Potenzialanalyse waren einige Aussagen für mich auch nicht wirklich schlüssig. Aber ich denke, wenn man Gründe für ein Baugebiet sucht, findet man immer welche. Letztlich muss man sich darüber klar werden, für wen eigentlich Wohnraum geschaffen werden soll. Für alle, die gern hierher ziehen wollen oder eher für unsere Bürger, die hier bleiben möchten? Ich gehe davon aus, dass aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat ein Neubaugebiet kommt. Was mich aber tatsächlich ärgert, ist, dass sich niemand mehr die Frage stellt, wo wir eigentlich antragsmäßig herkommen.

> Es war ja ein gemeinsamer Antrag von CDU, Freien Wählern und FDP.

Genau. Dabei ging es um die Ausarbeitung eines Grundsatzbeschlusses zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum innerhalb eines möglichen Neubaugebiets. Die Formulierung war, dass im „nächsten zu erschließenden Neubaugebiet ein rechtlicher, verhältnismäßiger prozentualer Anteil von bezahlbarem Wohnraum für niedrige und mittlere Einkommenschichten“ zu schaffen ist. Aber wie ist denn die Diskussion jetzt? Es geht nur noch um die Erschließung eines Neubaugebiets – oder inzwischen sogar mehrere. Vom ursprünglichen Sinn des Antrags redet keiner mehr. Ich habe schon damals befürchtet, dass das nur ein Feigenblatt für das nächste Baugebiet wird. Und genau da sind wir jetzt letztendlich gelandet. Wir hatten ja damals einen erweiterten Antrag gestellt, um nicht nur preisgünstigen, sondern auch gleich sozialen Wohnraum mitaufzunehmen. Das haben die drei Fraktionen gleich abgelehnt. Jetzt wird schon argumentiert, dass wir Einfamilienhäuser brauchen, weil diese finanzstarken Eigentümer Geld in die Gemeindekasse spülen. Aber das ist Siedlungspolitik von gestern, denn wenn man schon Fläche und Ressourcen verbraucht, dann muss man optimal nutzen und in den Geschosswohnungsbau gehen. Auch da lässt sich schöner Wohn-

raum einrichten, gerade für Senioren und jüngere Menschen.

> Mit dem Nein zum Neubaugebiet steht die GLH allein auf weiter Flur. Wenn es nun tatsächlich kommt, werden Sie sich für eines ohne Einfamilienhäuser starkmachen?

Ja, auf jeden Fall. Wenn man heutzutage Flächen versiegelt, muss man sie bestmöglich nutzen. Und das kann nicht mehr im Einfamilienhaus-Sektor sein. Insbesondere nachdem wir ja in den verschiedenen Analysen aufgezeigt bekommen haben, dass wir in Hirschberg einen überproportional großen Anteil an Einfamilienhäusern und großen Wohnungen haben. Was uns fehlt, sind mehr kleine Wohnungen. Und bezahlbare. Das funktioniert nur mit Geschosswohnungsbau, der im Übrigen auch attraktiv gestaltet werden kann, um eine gute Durchmischung zu erzielen.

> Werden denn Umwelt und Klimaschutz auch die Themen sein, mit denen Sie in den Kommunalwahlkampf ziehen?

Na ja, Klimaschutz ist ein urgrünes Thema. Im Februar wird unser Wahlprogramm vorgestellt, da können Sie das in allen Einzelheiten lesen. Aber sicher werden Umwelt- und Klimaschutz eine Rolle spielen. Das beinhaltet ja auch ein ganz breites Spektrum. Im Grunde kann man das alles auch unter die Überschrift „Lebensqualität im Ort erhalten, sichern, bewahren und verbessern“ stellen. Zum Beispiel kann man attraktive Plätze, also Begegnungsorte, schaffen und die Nahversorgung verbessern, damit die Menschen mehr im Ort bleiben und der Verkehr weniger wird. Aber Umwelt und Klima sind nicht unsere einzigen Themen: Der Grünen Liste liegt schon immer viel an einem guten sozialen Miteinander. Und unabhängig von der Kommunalwahl: Digitalisierung – das schnelle Internet muss kommen. Auch beim Online-Zugangsgesetz sind wir erst in den Anfängen der Umsetzung, obwohl das eigentlich längst abgeschlossen sein soll-

te. Dabei muss man die Verwaltung unterstützen. Und eines der ganz großen Themen unserer Zeit, das wirklich alle Parteien und Fraktionen beschäftigen muss, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt, eine ganz große Herausforderung. Es gibt Menschen, die sich überangen oder abgehängt fühlen, andere die einsam und allein sind. Wie erreichen wir die, wie nehmen wir sie wieder mit? Ich glaube, mit der Zukunftswerkstatt haben wir einen guten Anfang gemacht. Das war ein großes bürgerschaftliches Engagement, das verschiedene, ganz neue Geschichten angestoßen hat. Und da müssen wir einfach dranbleiben und das weiter unterstützen und fördern.

> Bei der letzten Kommunalwahl haben die Gemeinderäte ja auch von der grünen Erfolgswelle im Bund profitiert. Haben Sie Sorge, dass das diesmal anders werden könnte?

Ich bin realistisch. Die Welle geht jetzt eher nach unten und nicht nach oben. Ich gehe davon aus, dass das sicher auch eine gewisse Auswirkung auf die Kommunalwahl haben wird. Genauso wie das bei der letzten Kommunalwahl eben andersherum war.

> Sie haben ja als einzige Fraktionsvorsitzende ein Geheimnis daraus gemacht, wer von den amtierenden Gemeinderäten noch mal antritt. Warum?

Weil das zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar war.

> Das heißt, Sie wollen auch jetzt im Interview nicht verraten, wer noch mal antritt?

Wir werden das abschließend im Februar bekannt geben.

> Jetzt stehen aber erst mal die Haushaltsberatungen an. Traut man sich angesichts der Haushaltslage überhaupt noch, mit eigenen Ideen beziehungsweise Anträgen zu kommen?

Ja, selbstverständlich.

> Das heißt?

Das heißt, die Haushaltsanträge sind am 18. Dezember abgegeben worden und werden dann Mitte Januar diskutiert. Ich denke, das ist dann auch der richtige Zeitpunkt, um über die Anträge zu sprechen.

> Haben Sie denn auch kostenintensive Wünsche oder sind das eher Einsparvorschläge?

Von jedem etwas. Und man kann Gelder ja auch einsparen: an der einen Ecke Geld einsparen, das aus unserer Sicht sinnvoller in etwas anderes investiert wäre.

> Der Pavillon als mögliches Multifunktionsgebäude wird in der Planung ja erst mal nicht weiterverfolgt, aus Kostengründen. Ist das nicht ein bedenkliches Signal für die Vereine, die sich das Bürgerhaus doch so sehr wünschen?

Ich denke, wir haben im Moment einiges an Räumen, die unsere Vereine nutzen können. Dieses Projekt ist auch nicht gestorben, denn es war von Anfang an klar, dass man es nicht von heute auf morgen beziehungsweise in den nächsten zwei, drei Jahren umsetzen kann. Insofern glaube ich nicht, dass das ein bedenkliches Signal ist. Wir müssen auch noch einmal auf die Bedürfnisse und Bedarfe schauen, die die einzelnen Vereine haben. Der Pavillon als Standort wäre sicher sehr gut geeignet für ein Bürgerhaus. Er befindet sich in der Ortsmitte und ist für viele fußläufig erreichbar. Dass es dann tatsächlich ein Saal mit einer Größe für 500 Personen sein muss, sehe ich nicht. Ich denke, das kann man auch kleiner dimensionieren und sollte es unbedingt auch multifunktional gestalten. Vereinen, die so viele Besucher zu ihrer Veranstaltung erwarten, macht es ja vielleicht sogar Spaß, ihr Programm einmal mehr aufzuführen.

> An welche Themen würde die GLH denn 2024 gerne einen Knopf dranhängen?

Ich glaube, dass uns viele Themen noch länger beschäftigen werden. Wir bekommen wohl ans Klimaschutzkonzept einen Knopf dran, aber das Thema selbst wird uns noch viele Jahre fordern. Das schnelle Internet wäre zum Beispiel etwas, wo ich gern einen Knopf dran bekommen würde. Ich würde mir wünschen, dass alle PV-Anlagen, gerade auch größere, ohne Probleme an unser Stromnetz angeschlossen werden können. Und dass wir weiter mit den Ergebnissen der Zukunftswerkstatt arbeiten, Stichwort „gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Beim Umweltschutz sollten wir ebenfalls weiter kommen, mehr Klimaanpassung betreiben und mehr attraktive Plätze und damit Begegnungsorte für die Menschen schaffen. Da wurde schon einiges auf den Weg gebracht, aber ich glaube, wir brauchen für alles noch längeren Atem.